

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Verkehr und Öffentliche Ordnung
VIII. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv-buero@ba-pankow.berlin.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordntenversammlung/>
Berlin, den 7. September 2017

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Öffentlichen Ordnung ein.

am Donnerstag, 14.09.2017

um 17:15 Uhr

**im Haus 6, Raum 227, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin,
Fröbelstraße 17**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Abstimmung über die Tagesordnung
- 2 Protokollkontrolle 6.4., 4.5. 18.5., 15.6., 29.6. 5 min
- 3 Radverkehrsanlage Danziger Straße/Prenzlauer Allee – Bötzwow Straße 20 min
- 4 Sachstand Parkraumbewirtschaftung 15 min
- 5 Bericht des Bezirksamtes und Nachfragen 20 min
- 6 Überwiesene Drucksachen
- 7 Weiterführung des Pilotprojekts zur Schwarzarbeitsbekämpfung nach dem 1. September 2017
Drucksache: VIII-0207 15 min
- 8 Förderung der Elektromobilität in Pankow
Drucksache: VIII-0214 15 min
- 9 Sicherheit an der Kreuzung im Ortsteil Blankenfelde erhöhen – Straßenmarkierung anbringen
Drucksache: VIII-0225 15 min
- 10 Nachbereitung der Gemeinsamen Sitzung der Verkehrsausschüsse Reinickendorf
und Pankow 15 min
- 11 Arbeitsplan 2. Hj. 2017
- 12 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfram Kempe

Ausschussvorsitzender



**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

VIII-0207

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
Antrag, Fraktion der CDU

Beratungsfolge:
28.06.2017 BVV

BVV/008/VIII

Betreff: Weiterführung des Pilotprojekts zur Schwarzarbeitsbekämpfung nach dem 1. September 2017

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich beim Berliner Senat um die Verstetigung des erfolgreichen Pilotprojekts zur Schwarzarbeitsbekämpfung durch den Bezirk Pankow und um die dafür erforderlichen personellen und sächlichen Mittel zu bemühen.

Berlin, den 20.06.2017

Einreicher: Fraktion der CDU

Dr. Manja Schreiner, Sebastian Bergmann, Johannes Kraft
und die übrigen Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig
 mehrheitlich
 Ja-Stimmen
 Gegenstimmen
 Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Verkehr und Öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Vom 1. September 2016 bis 31. August 2017 wurde ein berlinweites Pilotprojekt zur Ahndung der mit Schwarzarbeit in Zusammenhang stehenden handwerks- und gewerberechtlichen Ordnungswidrigkeiten durchgeführt. Es wurde von den Beteiligten, der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, dem Hauptzollamt, dem Landeskriminalamt, der Handwerkskammer Berlin und den Mitarbeitern des Ordnungsamtes Pankow schon jetzt als erfolgreich bewertet. So konnten im Zeitraum bis April 2017 bereits 109 Vorgänge rund um das Thema Schwarzarbeit bearbeitet werden (siehe Antwort KA-0092/VIII).

Da Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Scheinselbständigkeit zu Wettbewerbsverzerrungen für Betriebe und zu Lohn- und Sozialdumping für Arbeitnehmer führen und dem Staat zusätzlich Staat Steuern und Sozialversicherungsbeiträge entzogen werden, sollte das Pilotprojekt verstetigt werden. Um das Fallaufkommen zu bewältigen, müssen die erforderlichen personellen und sächlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dazu möge sich das Bezirksamt beim Senat für die Bewilligung zweier zusätzlicher Dienstkräfte (zusätzlich zu den zwei senatsseitig finanzierten Beschäftigtenpositionen) und entsprechender sächlicher Mittel einsetzen.



**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

VIII-0214

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
Antrag, Fraktion der CDU

Beratungsfolge:
28.06.2017 BVV

BVV/008/VIII

Betreff: Förderung der Elektromobilität in Pankow

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt Pankow von Berlin wird empfohlen, sich mit den zuständigen Stellen der Senatsverwaltungen in Verbindung zu setzen, um ein Pilotprojekt zur Förderung der Elektromobilität im Bezirk Pankow umzusetzen.

Hierbei soll insbesondere geprüft werden, inwieweit die Regelungen des §3 des Gesetzes zur Bevorrechtigung der Verwendung elektrisch betriebener Fahrzeuge (EmoG) geeignet sind und Anwendung finden können.

Berlin, den 20.06.2017

Einreicher: Fraktion der CDU
Johannes Kraft
und die übrigen Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig
 mehrheitlich
 Ja-Stimmen
 Gegenstimmen
 Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Verkehr und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Elektrisch betriebene Fahrzeuge stoßen in innerstädtischen Bereichen deutlich weniger schädliche Emissionen (CO₂, NO_x, Feinstaub, Lärm, etc.) aus, als solche mit Verbrennungsmotoren. Zudem ist die durch sie umgesetzte kinetische Energie klimaneutral, wenn die Ladung der Akkumulatoren aus sog. regenerativen Energiequellen wie Photovoltaik oder Windkraft erfolgt.

Das Gesetz zur Bevorrechtigung der Verwendung elektrisch betriebener Fahrzeuge (EmoG) hat das Ziel, die Nutzung dieser umweltfreundlichen Form der Mobilität zu fördern. Hierzu werden die Straßenverkehrsbehörden der Länder und Kommunen in die Lage versetzt, bestimmte Bevorrechtigungen für Fahrzeuge der Klassen M1 und N1, L3e, L4e, L5e und L7e (Kraftfahrzeuge, Nutzfahrzeuge, Kleinkrafträder, Krafträder und Leichtkraftfahrzeuge) anzuordnen.

Durch solche Anordnung würde die Nutzung elektrisch betriebener Fahrzeuge gerade in innerstädtischen Bereichen im Vergleich zu konventionelle angetriebenen Fahrzeugen deutlich an Attraktivität gewinnen. Der Bezirk Pankow könnte mit der Initiierung eines solchen Pilotprojektes seine bisher betriebene Förderung der umweltfreundlichen Mobilität konsequent fortsetzen und beispielgebend auch für andere Berliner Bezirke sein.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-0225

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:
Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

28.06.2017 BVV

BVV/008/VIII

Betreff: Sicherheit an der Kreuzung im Ortsteil Blankenfelde erhöhen – Straßenmarkierung anbringen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, an der Kreuzung der B96a im Ortsteil Blankenfelde die Sicherheit im Straßenverkehr durch Anbringen von Markierungen auf den aus Lübars kommenden Fahrbahnen zu erhöhen: die rechte Fahrbahn der von Lübars kommenden Hauptstraße ist für Rechtsabbieger und für Fahrzeuge vorzusehen, die geradeaus in die Hauptstraße Blankenfelde fahren wollen. Die linke Fahrspur ist dagegen für links in Richtung Schildow fahrende Fahrzeuge zu reservieren.

Berlin, den 21.06.2017

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. BV Daniela Billig, Dennis Probst, Dr. Cordelia Koch

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig
 mehrheitlich
 Ja-Stimmen
 Gegenstimmen
 Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Verkehr und Öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

An dieser Straßenkreuzung kam es wiederholt zu – sogar tödlichen – Unfällen. Ein Grund ist die extrem unübersichtliche Verkehrssituation für Fahrzeuge, die aus den Nebenverkehrsstraßen kommend die B96a überqueren wollen. Insbesondere die aus der Hauptstraße Blankenfelde links nach Pankow abbiegenden Fahrzeuge haben das Problem, dass die aus der Gegenrichtung kommenden und geradeaus weiterfahrenden Kraftfahrzeuge Vorrang haben, diese aber im Abbiege-Vorgang an der Kreuzung oft nicht früh genug gesehen werden können.

Wenn zu den Stoßzeiten aus Richtung Lübars (A 111) ein erhöhtes Fahrzeugaufkommen zu verzeichnen ist, wird die Verkehrssituation extrem unübersichtlich und gefährlich. Denn aus Lübars kommend dürfen die Kraftfahrzeuge auf beiden Fahrspuren gerade aus in die Hauptstraße Blankenfelde fahren. Dadurch werden auf der linken Fahrspur häufig geradeausfahrende Fahrzeuge von links nach Schildow abbiegenden Fahrzeugen verdeckt. Die aus der Hauptstraße Blankenfelde links abbiegenden Fahrzeuge geraten in (beinahe-) Kollisionen mit Fahrzeugen, die auf der aus Lübars kommenden linken Fahrspur geradeaus weiter in die Hauptstraße Blankenfelde fahren wollen.

Eine Trennung der beiden aus Lübars kommenden Fahrspuren in Linksabbieger und Rechtsabbiegender und geradeaus fahrende Fahrzeuge kann den Verkehr auf einfache und kostengünstige Weise regeln.

Anwesenheitsliste
Ausschuss für Verkehr und Öffentliche Ordnung am: 14.09.2017

Beginn: **17:15 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
-------------------	--------------	-----------

Dr. Enge, Thomas - FDP -

Feige, René - Bü 90/Grüne -

Hakelberg, Claudia - SPD -

Kempe, Wolfram - Linke -

Kraft, Johannes - CDU -

Dr. Meier, Frank - AfD -

Retschlag, Andreas - CDU -

Schirmer, Maximilian - Linke -

Schröder, Roland - SPD -

Tharan, Almuth - Bü 90/Grüne -

Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
------------------	--------------	-----------

Dedert, Lina-Mareike - SPD -

Flores, Patrizia - Bü 90/Grüne -

Paesler, Ingar - AfD -

Stiller, Jurik - Linke -

stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
--------------------------	--------------	-----------

Abraham, Stefan - Linke -

Drathschmidt, Nicolas - SPD -

Fehér, Dániel - Bü 90/Grüne 2 -

BA-Mitglied	Unterschrift	Vertreter
-------------	--------------	-----------

Kuhn, Vollrad - Bü 90/Grüne - BzStR

Krüger, Daniel - AfD - BzStR
